



Neu-köllnisch

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Eine neue Wahl für die Zukunft

Doch! Der Politikwechsel in Neukölln ist ein historischer Schritt für unseren Bezirk. Es ist auch ein Mentalitätswechsel. Die Neuköllnerinnen und Neuköllner suchen eine neue Zukunft. Ein rot-rot-grünes Bündnis wurde von Neuköllnerinnen und Neuköllnern favorisiert. Die elfjährige Große Koalition mit der CDU konnte keine Lösung für den Bezirk sein. Ganz im Gegenteil, die CDU hat im Bezirk die Probleme immer mehr verstärkt.

Heute ist Neukölln der Bezirk mit der höchsten Arbeitslosen- und Sozialempfänger-Quote. Bedauerlicherweise hat die Große Koalition im Bezirk, statt die Sozialempfänger in Beschäftigung zu bringen, im Sozialamt Videokameras installiert.

Jetzt wurde mit Rot-Rot-Grün in Neukölln ein neuer Anfang gemacht. Natürlich bedeutet das nicht, dass die seit Jahren akkumulierten sozialen und ökonomischen Probleme von heute auf morgen beseitigt werden können. Aber wir haben die große Chance bekommen, die Lösung der gravierensten Probleme in unseren Bezirke Schritt für Schritt gemeinsam im Verbund mit unseren Partnern und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu beseitigen.

Wir glauben, dass sich die drei Bündnispartner der Zählgemeinschaft Rot-Rot-Grün bemühen werden, Wege und Lösungen zu finden, um die Probleme Neuköllns zum Wohle des Bezirkes und deren Einwohner zu bewältigen.

Wir, als Verhandlungsgruppe, haben das in den Gesprächen und Verhandlung mit den

Bündnispartnern als Konsens betrachtet.

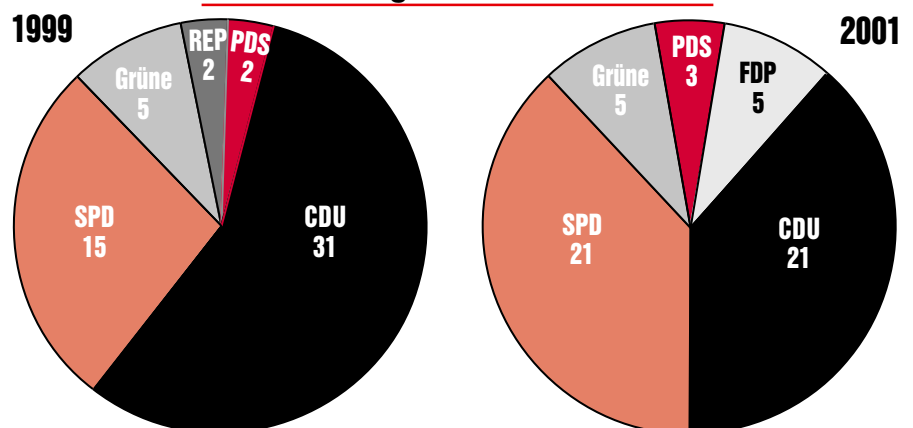
Welche politische Schwerpunkte waren Gegenstand unserer Verhandlung?

Insgesamt sind die Gespräche mit der SPD und den Grünen sehr sachlich und problemorientiert verlaufen. Bei den Gesprächen haben wir darauf geachtet, die dringendsten kommunalpolitische Sachthemen zu behandeln und uns in 28 Punkten auf die künftigen Schwerpunkte und Ziele der Arbeit in der BVV geeinigt. Somit haben wir die künftige Arbeitsgrundlage der PDS Fraktion in

der letzten Legislaturperiode waren wir nur mit zwei Verordneten in der BVV Neukölln vertreten. Jetzt aber haben sich die Neuköllnerinnen und Neuköllner entschieden, dass die PDS im Bezirksamt eine aktive Rolle einnehmen soll.

Dr. Sylvia Stelz ist unsere Fraktionsvorsitzende. Sie war in der letzten Legislaturperiode in der BVV Treptow-Köpenick vertreten. Ab sofort wird sie ihre kommunalpolitische Erfahrung in die BVV Neukölln einbringen. Michael Anker ist ein langjähriger Neuköllner

Sitzverteilung in der BVV Neukölln



der BVV Neukölln festgelegt. Die Fraktion wird großen Wert auf die Einhaltung dieser Vereinbarung legen und aktiv mitarbeiten, diese umzusetzen.

Es wurden Themen wie Integrationspolitik, Schulpolitik, Soziales und Verkehr, besprochen. So soll es einen Migrationsbeauftragten und einen neu gestalteten Migrationbeirat geben. Asylbewerber sollen statt Gutscheine künftig Bargeld erhalten, die Bearbeitung der Einbürgerungsverfahren wird durch mehr Personal beschleunigt, die Reorganisation des Sozialamts Neuköllns soll in Angriff genommen werden und im Verkehrsbereich wurde der schnellstmöglichen Schließung des Flughafens Tempelhof zugestimmt.

Es ist das erste Mal, dass die PDS im Westteil der Stadt Berlin in Fraktionsstärke in der BVV vertreten sein wird und gleichzeitig in eine Zählgemeinschaft, bestehend aus Rot-Rot-Grün, eingebunden ist.

Kommunalpolitiker. Er setzt sich schon länger aktiv für Neukölln und die PDS in der BVV ein. Jetzt bekommt Michael Anker eine günstigere Ausgangssituation, seine politische Erfahrung noch besser umzusetzen. Wir glauben aber auch, dass unser drittes Fraktionsmitglied, Björn Sörensen, mit seinen 23 Jahren, ein echter Vertreter der jungen Generation ist. Er bringt frischen Wind und natürlich die Interessen der Neuköllner Jugendlichen in die BVV ein.

Wir sind der Meinung, dass unsere Erfahrungen in Neukölln ein Beispiel für die anderen West-Bezirke und auch für das Land Berlin sein sollten.

Die Vorurteile und Ängste gegenüber der PDS müssen gerade in diesem Teil Berlins abgebaut werden!

Sie sehen, Rot-Rot-Grün geht doch!

*Evrin Baba,
Bezirksvorsitzende*

Aus dem Inhalt:

- S. 2 Bericht aus der BVV
- S. 3 Verteilung der Geschäftsbereiche in der BVV
- S. 4 Landespartei der PDS Berlin
- S. 5 Zur Situation nach den Wahlen
- S. 6 Marine: Mit der »Berlin« zu fremden Küsten
- S. 7 Atombombe unter der Spüle; Neuköllner Arbeitsmarkt
- S. 8 Sind Nichtraucher Kriegsverweigerer? Termine, Impressum

Bericht aus der BVV

Konstituierende Sitzung der BVV vom 1. Dezember 2001

Ja, liebe Leserinnen und Leser, nun ist es soweit. Wir berichten über die Sitzungen der BVV Neukölln als Fraktion.

Erste Neuerung: Die SPD räumte der PDS einen Sitzplatz in der ersten Reihe für die Fraktionsvorsitzende ein. Eigentlich ist es in einer BVV üblich, dass Fraktionsvorsitzende in der ersten Reihe sitzen, aber der im Ältestenrat vorgelegte Sitzplan verwies die Verordneten der PDS, samt Vorsitzende, wieder auf die hinteren Plätze. Dank der SPD, ist nun auch für unsere Fraktion möglich, was normaler Weise für alle Fraktionen gilt.

Alle Verordneten waren anwesend, die Ränge gut gefüllt und die Presse zahlreich vertreten, so dass der konstituierenden Sitzung nichts mehr im Wege stand.

Die Alterspräsidentin Frau Schoenthal von der SPD eröffnete die Sitzung. An ihrer Seite nahmen die zwei jüngsten Verordneten, jeweils einer aus CDU und PDS, Platz. Nach der einführenden Rede wurde Frau Bock (SPD) zur neuen BVV-Vorsteherin gewählt. Ihr Stellvertreter ist Dr. Juhnke von der CDU. Jede Partei stellt einen Schriftführer. Uns vertritt in dieser Funktion Björn Sörensen, der auch gleich bei den nachfolgenden Wahlgängen für das Bezirksamt zum Einsatz kam.

Wahl des Bezirksamtes

Die stärkste Gruppe in der BVV stellt den Bezirksbürgermeister. In diesem Fall war das keine Fraktion, sondern die Zählgemeinschaft aus SPD, Grüne und PDS. Mit diesem Akt wurde das Ende der Ära der Vormachtstellung der CDU im Bezirk am deutlichsten dokumentiert und besiegelt!

Mit den Stimmen der Zählgemeinschaft (29) wurde Heinz Buschkowsky zum Bürgermeister gewählt, Gegenstimmen 26 (CDU/FDP). Auf Grund der extremen Angriffe der CDU im Vorfeld der Bezirksamtswahl, die sich stets auf das Zusammengehen mit der PDS bezogen, verwies die Zählgemeinschaft die CDU auf die Plätze und ließ Frau Vogelsang bei der Kandidatur zur stellvertretenden Bürgermeisterin beim ersten Wahlgang durchfallen. Sie nahm es allerdings sehr persönlich. Herr Freiberg (CDU) lächelte nur, als er beim ersten Wahlgang nicht die erforderlichen Stimmen erhielt, zwar verbissen, aber er wirkte äußerlich ruhig. Der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Tietze erklärte dann, er verstehe das Signal, aber die BVV

würde sich dadurch zu sehr in die Länge ziehen, man müsse sich arrangieren.

Die Zählgemeinschaft reagierte darauf und ließ Herr Büge (CDU) im ersten Wahlgang passieren, nachdem Herr Schimmang (SPD) auch mit Stimmen der CDU gewählt wurde. Beim letzten Wahlgang allerdings hatte die CDU ihr Angebot wieder vergessen, so dass Herr Blesing (SPD) bei seiner Wahl nur mit den Stimmen der Zählgemeinschaft gewählt wurde. Ja, so ist das mit der CDU, wenn es um den eigenen Vorteil geht, paktieren sie sogar mit dem „Teufel“!

Nach einer Pause, in der sich das Bezirksamt konstituierte und die Ämterverteilung vornahm, wurden der Bürgermeister, seine Stellvertreterin und die Bezirksstadträte vereidigt und sie erhielten ihre Ernennungsurkunden. Der ausscheidende Bürgermeister Manegold übergab die Schlüssel und die Amtskette an seinen Nachfolger. Er selbst werde sich in die Kirche und die Hochschule zurückziehen und sich mehr seinem Glauben widmen.

Ausschüsse

Als erste Amtshandlung wurde, unter anderem, die Ausschuss-Struktur beschlossen. In jedem Ausschuss, außer dem Hauptausschuss, werden 9 Verordnete einen Platz finden, jeweils drei von SPD und CDU und einer von Grüne, PDS und FDP.

Die Fraktionen haben nun bis zur ersten ordentlichen Sitzung der BVV am 12. Dezember Zeit, ihre Bürgerdeputierten für die öffentlichen Ausschüsse zu benennen, die dann von der BVV gewählt werden. Die Konstituierung aller Ausschüsse wird am 12. Dezember, im Anschluss an die BVV erfolgen, so dass dann im neuen Jahr alle Ausschüsse arbeitsfähig sind.

Fraktionsräume

Zur konstituierenden Sitzung der BVV wurde uns, als Fraktion der PDS, ein Fraktionsraum zur Verfügung gestellt, so dass wir jetzt gleichberechtigt, wie alle Fraktionen, ordentliche Arbeitsbedingungen haben.

Wenn Sie uns besuchen möchten, wir sind im Raum 307 zu finden. Regelmäßige Öffnungszeiten, ab Januar 2002, werden wir rechtzeitig bekannt geben.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch und auf Ihre Unterstützung. *Sylvia Stelz*



Ausschuss-Struktur der BVV

Für die XVII. Wahlperiode wurden insgesamt 14 Ausschüsse der BVV gebildet.

Nichtöffentliche Ausschüsse:

1. Geschäftsordnungsausschuss
2. Ausschuss für Eingaben und Beschwerden
3. Hauptausschuss

Öffentliche tagende Ausschüsse

4. Wirtschaftsausschuss
(1. Dienstag/Monat)
5. Sportausschuss
(2. Mittwoch)
6. Ausschuss für Verwaltung und Gleichstellung
(2. Montag)
7. Ausschuss für Verkehr und Tiefbau
(1. Mittwoch)
8. Ausschuss für Hochbau und Bebauungspläne
(2. Dienstag)
9. Ausschuss für Naturschutz und Grünflächen
(1. Donnerstag)
10. Jugendhilfeausschuss
(1. und 3. Donnerstag)
11. Sozialausschuss
(2. Dienstag)
12. Ausschuss für Gesundheit und Umweltschutz
(2. Donnerstag)
13. Ausschuss für Bürgerdienste und Wohnen
(1. Mittwoch)
14. Ausschuss für Bildung, Schule und Kultur
(1. Dienstag)

Die PDS-Fraktion hat in jedem Ausschuss einen regulären Sitz eines Verordneten.

Im Ausschuss für Verwaltung und Gleichstellung hat die PDS Anspruch auf den Ausschuss-Vorsitz und im Wirtschaftsausschuss stellt die PDS den stellvertretenden Ausschuss-Vorsitzenden.

Desweiteren werden von der PDS Bürgerdeputierte den Ausschüssen Bildung, Schule und Kultur, Bürgerdienste und Wohnen und im Wirtschaftsausschuss vertreten sein.

Die konkreten Ansprechpartner für die Ausschüsse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor, sind aber jederzeit in der Fraktion (Telefon 6809-2003) oder in der Geschäftsstelle (Telefon 613 59 19) zu erfragen.

Verteilung der Geschäftsbereiche im Bezirksamt



Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD)

Leiter der Abteilung Finanzen, Wirtschaft und Sport

mit folgenden Organisationseinheiten

- Verwaltung des Bezirksbürgermeisters
- Rechtsamt (einschl. Widerspruchsstelle)
- Steuerungsdienste
- Frauenbeauftragte
- Behindertenbeauftragte/r
- Migrationsbeauftragte/r
- Europabeauftragte/r
- Quartiersmanagement
- Lokale Agenda 21
- WiVetLeb incl. Wirtschaftsberatung und -förderung
- Sportamt
- SE Finanzen
- SE Personal
- SE Dienst und IT
- Katastrophenschutz
- Schloss Britz incl. Turm, Ochsen- und Pferdestall



Bezirksstadträtin und stellvertr. Bürgermeisterin Stefanie Vogelsang (CDU)

Leiterin der Abteilung Bauwesen

mit folgenden Organisationseinheiten

- Stadtplanung
- Untere Denkmalschutzbehörde
- Bau- und Wohnungsaufsicht
- Tiefbauamt
- Vermessungsamt
- Grünflächenamt
- Untere Naturschutzbehörde
- Friedhofsamt
- SE Hochbau



Bezirksstadtrat Thomas Blesing (SPD)

Leiter der Abteilung Jugend

mit folgenden Organisationseinheiten

- Amtsvormundschaft
- Jugendförderung
- Sozialpädagogische Dienste
- Psychosoziale Dienste
- Wirtschaftliche Hilfen
- Kindertagesstätten
- Tagesbetreuung von Kindern



Bezirksstadtrat Michael Büge (CDU)

Leiter der Abteilung Soziales

mit folgenden Organisationseinheiten

- Seniorenheime nach § 26 LHO
- Soziale Einrichtungen und Angebote
- Allgemeine soziale Dienste
- Besondere soziale Dienste
- Grundsicherungsamt



Bezirksstadtrat Wolfgang Schimmang (SPD)

Leiter der Abteilung Bildung, Schule und Kultur

mit folgenden Organisationseinheiten

- Äußere Schulangelegenheiten – Schulträgerschaft
- Stadtbibliothek
- Volkshochschule
- Musikschule
- Kulturamt
- Gemeinschaftshaus
- Saalbau
- Galerie im Körnerpark



Bezirksstadtrat Michael Freiberg (CDU)

Leiter der Abteilung Gesundheit, Umwelt und Bürgerdienste

mit folgenden Organisationseinheiten

- Gesundheitsamt
- Plan- und Leitstelle
- Krankenhausbeirat
- Umweltamt
- Bürgerdienste einschl. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
- Wohnungsamt

Mit neuer Spitze Erfolgskurs treu bleiben

Stefan Liebich neuer Landesvorsitzender der Berliner PDS

Einen neuen Landesvorstand wählte die Berliner PDS bei der 1. Tagung des 8. Landesparteitages am 1. und 2. Dezember im Rathaus Schöneberg. An der Spitze gab es nach neun Jahren einen Stabwechsel: Stefan Liebich folgt Petra Pau als Landesvorsitzender.

Die vergangenen zwei Jahre seien für die Berliner PDS „alles andere als eine Routine-Veranstaltung“ gewesen. Man habe eigentlich vorgehabt, sich auf die Wahlen im Jahr 2004 mit einem satten Arbeitsprogramm vorzubereiten, doch „dann begannen die Verhältnisse zu tanzen, die Abläufe beschleunigten sich und mündeten schließlich in vorgezogenen Neuwahlen.“ Kaum einer der Delegierten hätte am ersten Dezemberwochenende gedacht, dass diese Worte auch für den gerade gewählten neuen Landesvorstand gelten würden. Gregor Gysi hatte noch davor gewarnt, auf ein frühes Ende der Ampel in Berlin zu spekulieren. Die Partei solle in Berlin „fünf Jahre knallharte Opposition“ praktizieren, auf dass der Ampel „Hören und Sehen vergeht“.



Der neue Landesvorsitzende, Stefan Liebich, ging in seiner Parteitagsrede noch davon aus, dass die PDS „spannende und erfolgreiche Jahre“ vor sich habe - er dachte wohl nicht an spannende Tage und Wochen. Mit dem Wahlprogramm „Miteinander für Berlin“ sei beides möglich, so Liebich weiter, „Realistische Regierungspolitik, aber auch knallharte und doch ernsthafte Opposition.“ Mit ihm werde die Partei nach der Wahl nicht anders als vor der Wahl sprechen. Die Berliner PDS wählte am 1. Dezember auf der 1. Tagung des 8. Landesparteitages.

Liebich zu ihrem neuen Vorsitzenden. 75 Prozent von 124 Delegierten stimmten für den 28-jährigen studierten Betriebswirt, es gab 22 Gegenstimmen und neun Enthaltungen. Liebich, der seit 1995 im Abgeordnetenhaus sitzt und seit 1999 stellvertretender Landesvorsitzender war, trat ohne Gegenkandidaten an. Er löst Petra Pau ab, die nach neun Jahren in dem Amt sich nun verstärkt der Bundespolitik widmen will. Zu **stellvertretenden Landesvorsitzenden** wurden auf Vorschlag Liebichs **Almuth Nehring-Venus**, (mit 57,3 Prozent), **Annegret Gabelin** (58,9 Prozent) und **Udo Wolf** (77,7 Prozent), zum **Landesgeschäftsführer Carsten Schatz** (72,4 Prozent) gewählt. **Landesschatzmeisterin Sylvia Müller** erzielte das beste Ergebnis mit 78,9 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Im Westteil der Stadt könne die PDS künftig zehn Prozent der Stimmen erreichen. Die knapp sieben Prozent Wählerstimmen sei „noch nicht das Maximum des Erreichbaren.“ Besonders erfreulich sei die Tatsache, dass die PDS in allen Westberliner Bezirken Bezirksverordnete stelle, in Neukölln sogar eine Fraktion. Diese BVV-Fraktion sei so wichtig, dass nicht nur die SPD und die Grünen mit der PDS ernsthaft verhandeln würden, „sondern sogar die CDU Interesse bekundet hat, mit der PDS Neukölln über Politik für Neukölln zu reden.“ Das hätte sich vor zehn Jahren keiner träumen lassen. Die

riesige Chance der PDS in Berlin gelte es zu nutzen. Man müsse sich als Partei vor Ort in Ost und West mit Vorschlägen „für die täglichen Probleme und Sorgen der Berlinerinnen und Berliner“ präsentieren. Bei der Bundestagswahl 2002 hält Liebich den Gewinn aller fünf Direktmandate im Osten Berlins für möglich.

Der neue Landesvorsitzende forderte von der PDS außerdem Mut zu Strukturveränderungen. So soll die Zahl der Geschäftsstellen im Westen erhöht und im Osten verringert sowie die Zusammenarbeit zwischen Landesverband, Bezirksverbänden und Fraktion besser koordiniert werden. Die PDS müsse „raus aus den Nebenstraßen, rauf auf die Hauptstraßen“, ermunterte Liebich die Delegierten. Außerdem soll das Image der Partei moderner und jugendlicher gestaltet werden.

Einen Schlusstrich unter die Vergangenheitsdebatte der PDS schloss der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende und Abgeordnete aus. „Mit mir wird es kein ‚Schwamm drüber‘ geben.“ Die Auseinandersetzung mit der Geschichte sei notwendig, um in der Gegenwart einem Abbau von Bürgerrechten glaubwürdig entgegenzutreten zu können. Liebich erklärte, dass er in schwierigen Situationen differenzierte Vorschläge erarbeiten wolle, statt es sich mit einfachen Antworten leicht zu machen.

Christoph Nitz

Resümé und neue Aufgaben

Mit unserer letzten Ausgabe in diesem Jahr möchten wir den 9.500 PDS-Wählerinnen und Wählern in Neukölln für das uns gegebene Vertrauen danken.

Es werden hohe Erwartungen an uns gestellt und wir wollen sie mit gestärkter Parlamentsvertretung im Abgeordnetenhaus von Berlin und in der Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln gerecht werden.

Im eigenen Interesse liegt uns daran, unsere Mitbürger nicht zu enttäuschen, denn die nächsten Wahlen zum Bundestag stehen an.

Der Bankenskandal und die sich oft gegenseitig blockierende Politik der Großen Koalition fand ihr Ende. Ob der Ampel-Senat es besser macht, wird die Zukunft zeigen.

Bei der gelben Phase, fürchten wir, könnten die Eigeninteressen wieder ganz vorne stehen. Das Senatspapier läßt schon wieder faule Kompromisse erkennen, die letztlich zu Lasten der Bürger und Steuerzahlen gehen. Dazu darf es nicht kommen.

Der Landessportbund und die Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher haben bereits ihre Bedenken gegen ein falsch angelegtes Spar-konzept erhoben. Wir stehen an ihrer Seite.

Bei Bildung, Erziehung und Sport darf es keine Abstriche geben, denn sie fördern das Miteinander, die Gesundheit und sind eine wirkende Kraft gegen Kriminalität. Wer das nicht sehen will ist blind.



Die Vormachtstellung der CDU, die sich einer kontinuierlichen Zusammenarbeit in der BVV in den Weg stellte, ist überwunden.

Auf kommunaler Ebene steht die Wahrnehmung der Bürgeranliegen an vorderster Stelle. Das verlangt, politische Zusammenhänge nicht außer acht zu lassen und sie in die Debatte einzubeziehen. Das setzt ein freies Verhalten und einen sachlichen Dialog voraus.

Mit der beschlossenen Zählgemeinschaft, die die Wahl eines SPD Bürgermeisters ermöglicht, sehen wir gemeinsam anzustrebende Ziele, wie auch wir sie im kommunalen PDS-Wahlprogramm forderten.

Wir können nicht allen alten und ausscheidenden Stadträten den gebührenden Dank

aussprechen. Wer ins Abseits Gedrängt und auf Sozialhilfe Angewiesene als Belastung empfindet und mit scharfen Auge (Kamera) überwachen lässt, hilft nicht mit, ein uns durch die Politik beschertes, jedoch belastenden Übel, mit 40.000 Sozialhilfeempfänger, darunter tausende Kinder und Jugendliche, abzubauen. Er schafft neuen Frust.

Hier ist Politik und nicht das Streichkonzept gefordert.

Wer versucht, die Forderung nach einem bezirklichen Wertausgleich auf seine Fahnen zu heften, wie der alte CDU Personal- und Verwaltungstadtrat kund tat, soll wissen: dieses Anliegen stand bereits lange vor seiner Zeit fest.

Er muss sich fragen lassen, wo blieb dieser Wertausgleich zwischen dem Norden und dem Süden innerhalb Neuköllns? Die ausgewiesenen Durchschnittsangaben für den gesamten Bezirk haben die eigentlichen Probleme nur verschleiert.

Wer seinem eigenen Bürgermeister das Mandat abspricht und verlauten lässt, er mache zu wenig Politik, lässt erkennen, hier stand einer an der Sprossenleiter einem Eiferern im Wege.

Bezirksbürgermeister Manegold hat sich für die Belange der Neuköllner eingesetzt. Er war vor Ort und suchte auch im Rat der Bürgermeister den Ausgleich, ohne sich allerdings dabei zu verausgaben.

Ihm gebührt ein Dank für seine Bemühungen. Die Kabelarbeiter von Alcatel und Kaiser sahen ihm beim Streik um ihre Arbeitsplätze in ihrer Mitte. Nur sein Arm reichte nicht aus, um auf die Chefetagen in den USA Einfluss zu nehmen. Das „Globale“ sichert nicht das humane Anliegen.

Arbeit schaffen – Zukunft sichern

Der Abbau der Arbeitslosigkeit, verbunden mit einer geförderten Gewerbeansiedlung und tragbaren Geschäftsmieten, sind Voraussetzungen die Wirtschaft zu beleben und die Kaufkraft zu erhöhen.

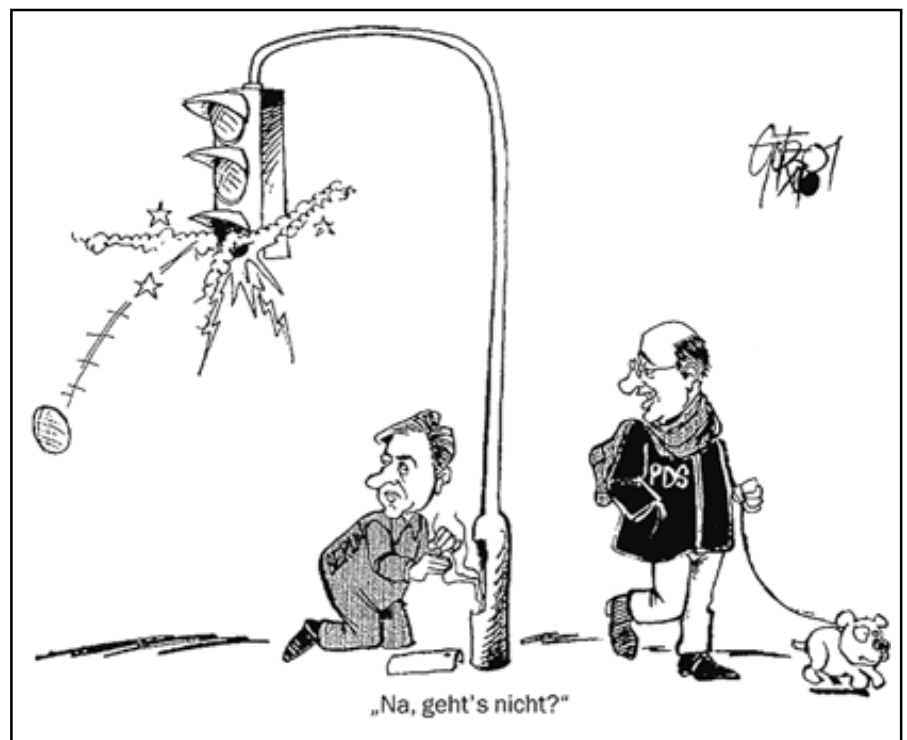
Das neuerbaute Arbeitsamt vermittelt in keinster Weise Zukunftsvisionen.

30 Prozent der PDS-Wähler waren junge Menschen. Ihre Hoffnung ist, in Frieden zu leben und sich selbst eine Zukunft aufzubauen. Das verlangt, statt über Einwanderungsgesetze den Streit zu führen, die Lehrinhalte an den Schulen, angefangen mit dem Sprachunterricht in den Vorschul-klassen, zu verbessern. Das Lernniveau zu heben, damit jedes Kind eine vollwertige Aufnahme ins Berufsleben finden kann.

Und nicht zu vergessen sind unsere älteren Mitbürger, die sich durch eine fast nur noch auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Gesundheitspolitik ihrer Fürsorge beraubt sehen und sich abgeschoben fühlen.

Gehen wir an die Arbeit, zu ihrem und unser aller Wohl.

Werner Gutsche



Aus „Berliner Morgenpost“ vom 4. Dezember 2001



Die »Berlin«: 173,7 Meter lang, Einsatzverdrängung bis zu 20.240 Tonnen

Mit »Berlin« an fremde Küsten

Das waren Meldungen, die ein halbes Jahr zurück liegen und somit weit vor dem 11. September 2001. Diepgens Frau vollzog die Schiffstaufe und gab dem 20.000-Tonner, dem „Einsatzgruppenversorger“ der Bundesmarine, den Namen »Berlin«.

Mit seinem Schwesterschiff »Frankfurt am Main« soll es die Küstenzone zwischen Marokko und dem Nahen Osten abdecken.

Jetzt, so sieht es die Einsatzvariante vor, soll das Schiff zum „Kap von Afrika“ vor Somalias Küsten gehen. Hier aber liegt das Aufmarschgebiet des US-Flugzeugträger-Geschwaders im Kampf gegen den Terror, wie es offiziell heißt, und wir dürfen uns, nach Aussagen Fischers und Schröders, als Deutsche dazu nicht verschließen.

In Somalia ist Ex-Minister Rühle bei seinem Truppenbesuch bildhaft in den Wüstensand gestolpert. Als er noch das Sagen hatte, plapperte er den US-Strategen nach, es müssten die Landesinteressen geschützt und verteidigt werden. Dazu zählte auch die Golf-Region, ihre Ölquellen und die Transportwege.

Rühle forderte für den Bund die gleiche Lebensabsicherung und bedingungslose Nato-Bündnistreue. Entsprechend wurden die Rüstungsprogramme aufgelegt. Dazu zählte auch die »Berlin«, die wie der Panzerkreuzer A 1928 gebaut wurde und dann als die »Deutschland« die „deutsche Ehre“ auf den Meeren vertreten hat!

Was in Afghanistan geschieht, war von US- und Nato-Stäben praktisch vorgezeichnet.

Der 11. September gab, als Abwehrmaßnahme gegen den Terror, den Auftakt für den Kriegseinsatz. Er wird mit seinen Streuminen und Benzinbomben Tausenden das Leben kosten.

Die Befreiung der Frauen von ihren Schleiern, darf nicht über das ausgelöste Flüchtlingseleid und der hohen Kindersterblichkeit durch Hunger hinweg täuschen. Die Grausamkeit des Krieges vermittelte ein anerkannter General, zu sehen in einer Fernsehaufzeichnung, als er kund tat: „Natürlich ist der Zweck dieser Bomben, Menschen zu töten“.

Zu diesem Einsatz hat der Bundestag ja gesagt. Nur die Eitelkeit der CDU, die ihre eigene Politik bestätigt sah, fühlte sich nicht ermächtigt, Schröder, der die Vertrauensfrage stellte, das alleinige Urheberrecht zuzubilligen.

Die PDS hat zu diesem Kriegseinsatz NEIN gesagt. Es hat nichts mehr mit einer Landesverteidigung, wie sie in der deutschen Verfassung verankert ist, zu tun.

Wer garantiert, dass die erklärte uneingeschränkte Bündnistreue morgen nicht erneut strapaziert wird?

Bush forderte Ostern 2001 die Erprobung neuer A-Waffen. Im gleichen Atemzug nannte er Irak als Feind Amerikas. Es bleibt die Frage: was sind die nächsten Ziele? Der Irak? Diese Antwort ist er noch schuldig.

Anmerkung: Der Name unserer Heimatstadt »Berlin« darf nicht ein weiteres Mal entehrt werden!
Werner Gutsche

Scheißegal

*Dem Mann, dem grad, die Mine
seinen Fuß entrissen hat,
ist es scheißegal, wieso das Ding
gerade hier gelegen hat;
ihm ist es egal, wer sie entworfen hat
und später produzierte,
sie verkauft und daran verdient hat,
sie ins Ausland exportierte.
Er liegt einfach dort am Boden,
ein Stück weiter, abgetrennt
sieht er den Fuß, der ihm gehörte,
aus dem sein Blut rinnt.
Ihm ist es egal, ob's Demokraten
oder Terroristen waren,
die die Mine hier in seinem Lande
eingegraben haben.
Und es schert ihn einen Teufel,
ob sie neu ist oder alt,
denn ein Stück weiter liegt
sein Fuß,
von ihm getrennt, und wird
schon kalt.*

Karin Sörensen-Bönig



Die Initiative „Mütter gegen den Krieg“

trifft sich jeden Montag von 17.00 - 18.00 Uhr
auf dem Alexanderplatz an der Weltzeituhr

Atombombe unter der Spüle

Wollte Ussama Bin Laden mit Hilfe eines Satire-Magazins Nuklearwaffen herstellen?

Wie baue ich eine Atombombe? Immer mehr Menschen stehen in der heutigen Zeit vor dieser Frage. Die ist gar nicht so schwer zu beantworten: Man tippt einfach „Wie man eine Atombombe baut“ in eine Internet-Suchmaschine, am besten auf Englisch, weil ja Leute mit Atombombenbauerfahrung am ehesten englisch sprechen. Sehr schnell findet sich dann eine Schritt-für-Schritt-Anleitung. Die passt auf nur zwei A4-Seiten! Das nötige Material kostet maximal 30.000 Dollar! Wahnsinn! Atom-Angst! Schön blöd, wenn ihnen jetzt die Zeitung an angstnassen Fingern klebt. Jene Anleitung ist nämlich 1979 im Satire-Magazin *The Journal of Irreproducible Results* erschienen, dessen sämtliche Berichte und Analysen aus der Welt der Wissenschaft komplett erfunden sind. Aber keine Sorge, solche Missverständnisse passieren. Sogar bärtigen Terroristen und gestandenen Kriegsreportern.

Am Donnerstag vergangener Woche berichtete Anthony Loyd in der *Londoner Times* aus Kabul über Dokumente des Terrornetzwerks al-Qaida, die den Bau einer Atombombe erklären. Er zitierte indirekt aus den Papieren: „There are descriptions of how the detonation of TNT compresses plutonium into a critical mass, sparking a chain reaction, and ultimately a thermonuclear reaction.“ Die Worte und die Satzstruktur erinnern merkwürdig an den Text „How To Build An Atom Bomb“ aus dem *Journal of Irreproducible Results*, der heute im Internet kurst.

In eben diesem Text steht dann aber auch, dass man das übrige Plutonium ganz hervorragend zur Insektenvertilgung benutzen kann. Nur sollte man es zur Sicherheit in einer Thermoskanne aufbewahren. Keinesfalls darf man die Atombombe in der Garage aufbewahren, da dort die Temperatur zu stark schwankt. Ideal zum Atomwaffenaufbewahren ist laut *Journal of Irreproducible Results* der Platz unter der Küchenspüle.

Noch ungeklärt ist, ob Ussama Bin Laden seine Kabuler al-Qaida-Quartiere mit zusätzlichen Küchenspülen ausgerüstet hat. Ohne solche Indizien lässt sich nicht beweisen, dass er tatsächlich im Internet nach Bombenbauplänen gesucht und dann die Anleitung aus einem Journal, das auch den Bau von Zeitmaschinen erklärt, ausgedruckt und unter „A“ abgeheftet hat. Die *Londoner Times* jedenfalls glaubt nicht daran: „Quatsch, unser Reporter hat aussagekräftige Dokumente, die beweisen, dass al-Qaida nach Massenvernichtungswaffen gesucht hat“,

erklärt der zuständige Redakteur. Bestreitet ja auch niemand, aber vielleicht hat al-Qaida einige Atombombenpläne ja doch etwas leichtfertig aus dem Netz... „Nein, nein, diese Übereinstimmungen sind reiner Zufall.“ Seinen Namen will der Mitarbeiter des Ressorts „World News“ dann aber nicht sagen.

Abwegig ist die These von der Humorlosigkeit und Ironieblindheit al-Qaidas aber nicht. Einen Tag, nachdem die Berichte in der *Times* und der BBC erschienen sind, sagte der US-Regierungsbeauftragte für innere Sicherheit, Tom Ridge, die Anleitung zum Bau der Atombombe könnte vor einigen Jahren aus dem Internet gezogen worden sein: „Es ist nichts Ungewöhnliches an diesen Informationen.“ Nun ja, abgesehen davon, dass sie vielleicht Quatsch sind. Pentagon-Sprecher Tim Blair hatte schon zuvor, ohne zu konkretisieren, erklärt: „Medien sollten die Glaubwürdigkeit ihrer Quellen prüfen“.

Terroristen aber auch. Es spricht zwar einiges dafür, dass al-Qaida Material für B- und C-Waffen gesucht und zum Teil gefunden hat – aber es spricht auch einiges dafür, dass nicht alle Terroristen die Bedeutung des Wortes „irreproducible“ kennen. Nicht unbedingt verwunderlich in einem Land ohne Internet-Anbindung. Der al-Qaida-Terrorist sitzt also im Internet-Café in Pakistan, der Gebührenzähler läuft und läuft, der Suchergebnisse werden mehr und mehr... Kann schon mal passieren. Ist auch schon mal passiert. Dem Drucker nämlich, der in Pakistan Bilder aus dem Internet von Bin Laden und Bert aus der „Sesamstraße“ auf seine Demonstrationsplakate gedruckt hat.

An alle zukünftigen Bombenbauer, die diesen Text beim Anleitungssuchen im Internet gefunden haben: Für eine Wasserstoffbombe braucht man ungefähr zwei Liter destilliertes Wasser und... **KONRAD LISCHKA**

taz Nr. 6606 vom 21. 11. 2001

Wir bedanken uns bei der „taz“ für ihre freundliche Genehmigung zum Abdruck dieses Artikels. Die Redaktion

Arbeitsmarkt Neukölln

Im November ist die Arbeitslosigkeit in Neukölln im Vergleich zum Vormonat leicht zurückgegangen. Insgesamt waren 31.052 Neuköllnerinnen und Neuköllner beschäftigtlos.

Gegenüber dem Oktober entspricht das einer Abnahme um 64 oder 0,2 Prozent; im Jahresvergleich hat sich die Arbeitslosigkeit jedoch um 2.701 oder 9,5 Prozent erhöht.

Die Arbeitslosigkeit nahm bei den Männern zu, bei den Frauen dagegen ab, wobei derzeit die Quote bei den Männern mit 10,8 Prozent und bei Frauen mit 40,5 Prozent angegeben wurde.

28,9 Prozent (8.980) der Arbeitslosen sind Menschen nichtdeutscher Herkunft, 3,7 Pro-

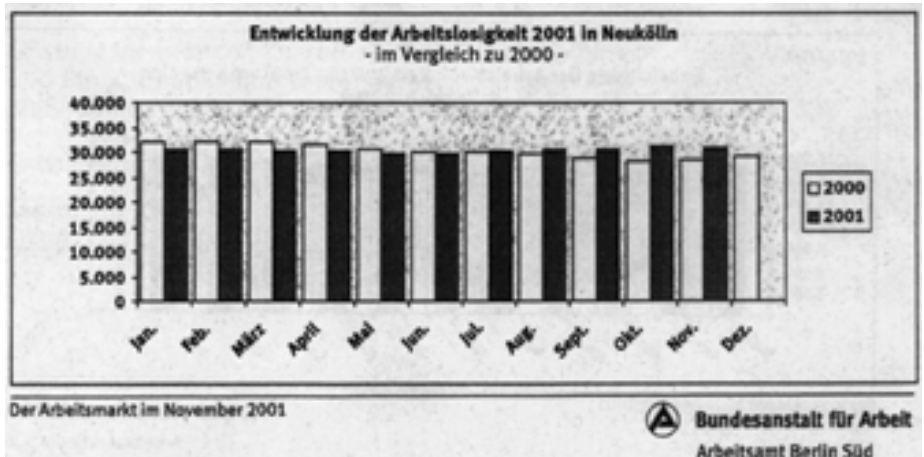
zent schwerbehindert und 2,8 Prozent sind jünger als 20 Jahre.

So liest sich der Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsamt Berlin-Süd.

Es ist erschreckend, dass die Arbeitslosenquote im Verlauf eines Jahres zwar schwankt, aber von Jahr zu Jahr, gerade hier in Neukölln, stetig zunimmt.

Das soziale Gefüge des Bezirkes kippt! Es wird Zeit, sich die Ursachen genau zu betrachten und die Entwicklung schnellstmöglich aufzuhalten bzw. zu verbessern.

Wir werden die Berichte der Bundesanstalt für Arbeit im Auge behalten und hoffen, unseren Teil zur Verbesserung beitragen zu können. **Sylvia Stelz**



Sind Nichtraucher Kriegsverweigerer?

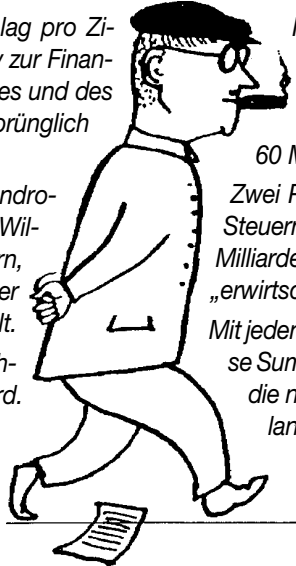
Philipp Morris-Bänder rollen für den „Sieg“

Zwei Pfennig Steueraufschlag pro Zigarette, das will Otto Schilly zur Finanzierung des Sicherheitspaktes und des Bundeswehreinsetzes. Ursprünglich sollten es vier Pfennig sein.

Nach Protesten und der Androhung von Reemtsma, sein Wilmersdorfer Werk zu verlagern, wurde das Vorhaben von vier Pfennig auf zwei Jahre verteilt.

Allein die Tabaksteuer brachte dem Bund mehr als 23 Mrd. DM jährlich ein.

Jetzt werden zusätzlich 1,5 Milliarden erhoben und „Philipp Morris“, das



Neuköllner Aushängeschild für eine florierende Wirtschaft, hat mit seinen 1.200 Mitarbeitern einen jährlichen Ausstoß von 60 Milliarden Zigaretten.

Zwei Pfennig pro Zigarette mehr an Steuern ergibt eine Summe von 1,2 Milliarden DM, die im Neuköllner Werk „erwirtschaftet“ werden.

Mit jedem Glimmstengel zahlen wir diese Summe praktisch als Kriegsteuer, die nur Schilly auferlegt und abverlangt.

Ein gebeutelter Raucher

TERMINE

12. Dezember 2001, 17.00 Uhr BVV, Rathaus

15. Dezember 2001, 15.00 Uhr, Geschäftsstelle, Mitgliederversammlung
ab ca. 16.00 Uhr Jahresabschlussfeier

Letzter Termin zur Beitragszahlung 2001!

13.01.2002 ab 10.00 Uhr, Friedrichsfelde, Stilles Gedenken zu Ehren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Öffentliche Fraktionssitzungen:

14. und 21. Januar 2002, 18.00 Uhr, Raum 307, Rathaus

25. Februar und 4. März 2002, 18.00 Uhr Raum 307, Rathaus

Öffentliche Sitzungen der BVV

23. Januar 2002, 17.00 Uhr Rathaus

6. März 2002, 17.00 Uhr Rathaus

PDS-Neukölln
Weichselstrasse 58
12045 Berlin

Ich möchte Informationen / Mitglied werden:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon, Telefax

eMail-Adresse

Alter

Datum, Unterschrift

PDS



Wir wünschen allen
Leserinnen und Lesern,
allen Genossinnen und
Genossen, sowie allen
Freunden ein frohes
und besinnliches
Weihnachtsfest
sowie einen guten Rutsch
ins Jahr 2002.

Dieses Blatt wird aus Spenden finanziert!

Damit wir weiter regelmäßig mit der Neu-köllnisch erscheinen, um wichtige Informationen an die Frau, den Mann bringen zu können, bitten wir hiermit um Spenden zur Finanzierung unserer Zeitung.

Spenden können direkt in der Geschäftsstelle, Weichselstraße 58 in 12045 Berlin, eingezahlt, oder auf folgendes Konto:

**4384 8168 09 bei der Berliner Bank,
BLZ 100 200 00**

überwiesen werden. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir eine entsprechende Bescheinigung für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders/der Spenderin.

Wir bedanken uns in Voraus.

IMPRESSUM

„Neu-köllnisch“ erscheint 1 x im Quartal
Herausgeber: PDS-Neukölln, Geschäftsstelle Weichselstraße 58, 12045 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Auflage dieser Ausgabe: 1.500

Redaktion: V.i.S.d.P.: Björn und Lene Sörensen,
Dr. Sylvia Stelz

Redaktionsschluß: 8. 12. 2001

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!